



DER PRÄSIDENT
DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT
LANDTAG DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Haus der Bürgerschaft
Postfach 10 69 09
28069 Bremen

Telefon 04 21/361 - 12 400
Telefax 04 21/361 - 12 403

Datum: 30. September 2010

An den
Präsidenten des Senats
Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen
Rathaus
28195 Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 73. Sitzung am 29. September 2010 folgende Beschlüsse gefasst und nachstehende Wahlen vorgenommen:

1. Aktuelle Stunde

Die von den Abgeordneten Karin Garling, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD und den Abgeordneten Horst Frehe, Doris Hoch und Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Aktuelle Stunde mit folgendem Thema:

"Hartz-IV-Regelsätze fair gestalten, Gesundheitssystem solidarisch finanzieren, soziale Spaltung bekämpfen"

ist von den Antragstellern zurückgezogen.

2. Atomtransporte durch das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1392)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

3. Fragestunde

1. Wahlprüfung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 24. August 2010
2. Digitaler Personalausweis - ist Sicherheit eine Frage des Standpunkts?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2010

3. Private Waffen weiterhin auf dem Küchentisch?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. August 2010
4. Finanziert der Senat "SPD-Filz" in Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 1. September 2010
5. Abbau von Vorschriften und Gesetzen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 1. September 2010
6. Umrüstung von Programmkinos auf Digitaltechnik
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 8. September 2010
7. Sprachoffensive in Brennpunkt-Kitas
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. September 2010
8. Waffenkontrollen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinnens, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. September 2010
9. Instituut för nedderdüütsch Spraak
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt und de Fraktschoon vun de FDP vom 10. September 2010
10. Analphabetismus in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 13. September 2010
11. Sanierung des Bundeshaushaltes zulasten Bremer Arbeitsmarktpolitik
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 13. September 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Shanghai ist eine Reise wert?
Anfrage des Abgeordneten Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2010
13. Regelungen zum Aufenthalt aus humanitären Gründen
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE vom 15. September 2010

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

4. Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010
Mitteilung des Senats vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1429)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010 einschließlich der Begründung, den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 und den Nachtragsproduktgruppenhaushalt für das Jahr 2010 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

5. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1430)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

6. Transparenz bei Beratungsverträgen herstellen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Juli 2008
(Drucksache 17/493)

Der Antrag ist vom Antragssteller zurückgezogen.

7. Transparenz bei Beratungsverträgen herstellen!
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 13. September 2010
(Drucksache 17/1423)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses und der von der Senatorin für Finanzen im Juni 2010 herausgegebenen "Arbeitshilfe für die Beauftragung von externen Gutachter- und Beratungsaufträgen" Kenntnis.

8. Arbeitshilfe für Gutachten verbindlich machen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1456)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

9. Am Atomausstieg festhalten - Erneuerbare Energien ausbauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1424)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1460)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Zustimmung zum 2002 vereinbarten Atomkonsens und hält eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, wie von der jetzigen Bundesregierung vorgesehen, für unverantwortlich.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, alle rechtlichen Schritte gegen eine Laufzeitverlängerung zu unternehmen, und gegebenenfalls vor dem Verfassungsgericht dagegen zu klagen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat erneut, sich bei der Landesregierung in Niedersachsen dafür einzusetzen, dass die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Unterweser in Esenshamm nicht über 2012 verlängert wird oder im Falle einer Laufzeitverlängerung zumindest aktuelle Sicherheitsstandards einschließlich dem Schutz vor terroristischen Anschlägen gewährleistet werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Falle einer Laufzeitverlängerung auf Bundesebene für einen finanziellen Ausgleich zugunsten der kleineren Stromerzeuger, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien, einzusetzen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für eine Aufhebung der Haftungsbegrenzungen im Falle von Unfällen in AKW einzusetzen und die Betreiber bei den bei der Lagerung von Atommüll anfallenden Ewigkeitskosten auch unter Einbeziehung der zusätzlich zu erwartenden Gewinne zu beteiligen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) hält am Ausbau der erneuerbaren Energien fest und bittet den Senat, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Förderung der umweltfreundlichen Stromerzeugung und energetischer Standards nicht weiter gekürzt wird.

10. Einheit ja, soziale Spaltung nein
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion DIE LINKE
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1428)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den EntschlieÙungsantrag ab.

11. 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in Bremen feiern!
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. September 2010
(Neufassung der Drs. 17/1457 vom 28. September 2010)
(Drucksache 17/1468)

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit fest:

1. Der Tag der deutschen Einheit ist Anlass, mit Freude und Dankbarkeit die Vollendung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit und im Kontext der europäischen Einigung zu feiern: Ausgehend von den Montagsdemonstrationen fand in der DDR die erste und einzige friedliche Revolution in der deutschen Geschichte statt. Es folgten der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Nach Abschluss der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 wurde mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 das geteilte Deutschland am 3. Oktober 1990 wieder ein gemeinsamer Staat.
2. In den seit der Wiedervereinigung vergangenen 20 Jahren ist in einer politischen Kraftanstrengung aller Bürgerinnen und Bürger der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie und von einer sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft gelungen. Der auch mit besonderen Opfern der Ostdeutschen verbundene Umbruch, die Verbesserung der Lebensumstände sowie nicht zuletzt die der ökologischen Bedingungen wurden durch den gemeinsam mit den Westdeutschen gezeigten Aufbauwillen, den Fleiß, das Engagement und die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger möglich.
3. Das Zusammenwachsen bleibt weiterhin unsere gemeinsame politische Aufgabe und gesellschaftliche Verpflichtung. Dabei bedarf auch das vom totalitären SED-Regime begangene Unrecht weiterhin der Erinnerung und der Aufarbeitung.

12. Normenkontrollrat als Modell auch für Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2010
(Drucksache 17/1272)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1306)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

13. Rechtswidrige Abschiebep Praxis in Bremen? Umgehung amtsärztlicher
 Krankschreibungen mit Hilfe externer Mediziner
 Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
 vom 26. April 2010
 (Drucksache 17/1277)
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
 (Drucksache 17/1315)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

14. Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer
 Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
 (Drucksache 17/1362)
 1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

15. Stärkung des gemeinsamen Sorgerechts für uneheliche Kinder
 Antrag der Fraktion der FDP
 vom 4. August 2010
 (Drucksache 17/1381)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss (federführend) und den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

16. Freiwilliges Soziales Jahr Politik
 Mitteilung des Senats vom 17. August 2010
 (Drucksache 17/1386)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

17. Stellungnahme des Senats zum Vierten Jahresbericht der
 Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
 Mitteilung des Senats vom 17. August 2010
 (Drucksache 17/1387)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum Vierten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

18. Wissenschaftsplanung für das Land Bremen fortschreiben
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1395)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung.

19. Stellungnahme des Senats zum 32. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 24. August 2010
(Drucksache 17/1407)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 32. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

20. Gesetz zur Sicherstellung der Rechte von Menschen mit Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsbedarf in unterstützenden Wohnformen
(Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz - BremWoBeG)
Mitteilung des Senats vom 10. August 2010
(Drucksache 17/1382)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

21. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts
Mitteilung des Senats vom 31. August 2010
(Drucksache 17/1411)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

22. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss
Mitteilung des Senats vom 31. August 2010
(Drucksache 17/1412)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau Jana Magels anstelle des ausscheidenden Herrn Dr. Markus Kahrs als stimmberechtigtes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss.

23. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37
vom 7. September 2010
(Drucksache 17/1416)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

24. Bremisches Ausführungsgesetz zum Eichgesetz (BremEichAG)
Mitteilung des Senats vom 7. September 2010
(Drucksache 17/1417)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

25. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert anstelle des Abgeordneten Uwe Woltemath zum Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

26. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert anstelle des Abgeordneten Uwe Woltemath zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

27. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses "Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert anstelle des Abgeordneten Uwe Woltemath zum Mitglied und den Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt anstelle des Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert zum stellvertretenden Mitglied des nichtständigen Ausschusses "Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen".

28. Neuordnung der Rundfunkgebühren: Abgabe für Betriebe nachbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1425)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

29. Bericht über die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Åland Islands
Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1432)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht über die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

30. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011
(Zensusausführungsgesetz - ZensAG)
Mitteilung des Senats vom 27. April 2010
(Drucksache 17/1278)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

31. Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Lande Bremen,
Mitteilung des Senats vom 27. April 2010 (Drs. 17/1278),
vom 22. September 2010
(Drucksache 17/1450)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

32. Keine Abschiebung von Angehörigen der Roma und anderer ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo in unzumutbare Lebensbedingungen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP und DIE LINKE
vom 28. September 2010
(Neufassung der Drucksache 17/1452 vom 22. September 2010)
(Drucksache 17/1467)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Roma und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten bei Rückführungen in das Kosovo im Rahmen des Rückführungsübereinkommens der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Kosovo auch weiterhin langfristig zurückzustellen,
2. die Ermessensspielräume des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für die Gewährung langfristiger Aufenthaltstitel, insbesondere aus humanitären Gründen, auszuschöpfen und die Erlasslage entsprechend anzupassen,
3. sich beim Bund und den anderen Ländern für eine Änderung des Rückführungsübereinkommens mit dem Ziel einzusetzen, für Roma und die Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo eine langfristige Bleiberechtsregelung zu erreichen,
4. der Bürgerschaft (Landtag) binnen drei Monaten über den Erfolg im Hinblick auf die Bemühungen einer bundesweiten Lösung für Roma und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo zu berichten.

Christian Weber
Präsident

Anlagen